

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
– Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Gernot Gutmann, Universität zu Köln

Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. Walther Busse von Colbe, Ruhr-Universität Bochum

Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h. c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Schriftführer/Geschäftsführer: Dr. Werner Klein, Universität zu Köln

Geschäftsstelle: Albertus-Magnus-Platz, D-5000 Köln 41, Tel. (02 21) 4 70 - 26 03 oder
4410

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Ausschuß für Wirtschaftspolitik

Die diesjährige Sitzung fand am 28. und 29. März in Heidelberg statt und stand unter dem Generalthema „Probleme der Vollendung des Binnenmarktes in Europa nach 1992“.

Referat von Prof. Dr. H. Berg (Dortmund): „Strategien wirtschaftlicher Integration – Konzepte und Erfahrungen: Zur Realisierungschance des Programms „EG-Binnenmarkt '92“.

Ziel der Überlegungen des Referates war es, eine erste, also eher vorläufige, und sicher noch der weiteren Diskussion bedürftige Antwort auf zwei Fragen zu geben: (1) Wie steht es um die Rationalität des Programms „EG-Binnenmarkt '92“? (2) Wie steht es um die Realisierungschance dieses Programms?

Ein wirtschaftspolitisches Programm, das dem Anspruch ökonomischer Rationalität genügen soll, muß Ziele ausweisen, die in ihrer Beziehung zueinander möglichst widerspruchsfrei und vor allem auch operational sind. Hinsichtlich der Ziele des Programms „EG-Binnenmarkt '92“ muß zwischen politischen und ökonomischen Intentionen dieses Vorhabens unterschieden werden. Daran, daß die Herstellung eines EG-Binnenmarktes unter ökonomischen Aspekten ein sinnvolles Ziel darstellt, wird nicht gezweifelt. Gelingt es, dieses Ziel zu erreichen, wird eine erhebliche Stärkung der Wachstumsdynamik die Folge sein. Zur Erreichung dieses Ziels verfolgen Kommision und Rat eine neue Strategie, nämlich das Äquivalenzprinzip und den Mehrheitsentscheid. Der im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft praktizierte Prozeß des „Decisionmaking“ wird nach Meinung des Referenten jedoch auch künftig durch ein hohes Maß an Ineffizienz gekennzeichnet sein, und zwar an Ineffizienz im Sinne eines Mangels an Sachgerechtigkeit der hier zustande gebrachten Lösungen, an Ineffizienz

im Sinne vielfach gegebener Unfähigkeit, überhaupt zu gemeinsamen Lösungen zu gelangen, und an Ineffizienz im Sinne der Blockierung notwendiger Reformen. Dementsprechend sollten Reformen, die auf die Chance eines zügigen Fortschreitens des Integrationsprozesses abzielen, vornehmlich auf eine Entlastung der Willensbildung und Entscheidungsfindung durch den Rat abzielen.

Von den mannigfachen Vorschlägen in diesem Zusammenhang wurden zwei genannt: Zum einen die Forderung, im Rahmen eines „Wettbewerbs der Systeme“ verstärkt auf die Praxis der funktionellen Methode zu setzen; zum anderen das Konzept einer „abgestuften Integration“.

Referat von Prof. Dr. N. Berthold (Hamburg): „Wirtschaftliche Integration in Europa – sind wir auf dem richtigen Weg?“

Die gestellte Frage, ob wir bei der ökonomischen Integration in Europa auf dem richtigen Wege sind, erfordert eine differenzierte Antwort. Die Absicht, die Märkte in Europa wirklich zu öffnen, ist wegen der per saldo positiven Wohlfahrtswirkungen sicherlich richtig. Der bisher eingeschlagene Weg scheint dem Referenten aber eher ein Holzweg zu sein. Eine Politik der ex ante-Harmonisierung sei keine überlegene Integrationsstrategie, weil die Unvollkommenheiten auf politischen Märkten die auf ökonomischen im allgemeinen überstiegen. Nur im Bereich des Umweltschutzes scheint eine solche Strategie bei bestimmten inter-regionalen externen Effekten sinnvoll. Die Weichen würden demgegenüber richtig gestellt, wenn man sich zu der ordnungspolitischen Grundsatzentscheidung durchringen könnte, das „Ursprungsland-Prinzip“ als Richtschnur des ökonomischen Handels zu akzeptieren und die national unterschiedlichen Regulierungs-, Steuer- und Sozialsysteme gegeneinander konkurrieren zu lassen.

Die ebenso wichtige Frage allerdings, wie man ineffiziente nationale Makro-Politiken eliminieren könne, dürfte demgegenüber etwas schwieriger zu beantworten sein. Generell scheine aber auch hier ein Wettbewerb der nationalen Wirtschaftspolitiken erfolgversprechend. Dazu sei es allerdings erforderlich, daß man sich auf bestimmte währungspolitische Spielregeln einige. Eine europaweite Währungsordnung mit grundsätzlich flexiblen Wechselkursen scheine dabei einer Lösung mit festen Währungsrelationen überlegen zu sein. Gelänge es, die Märkte wirklich offen zu halten, dann sei der Druck auf die nationalen Regionen groß, eine adäquate Geld- und Fiskalpolitik zu betreiben.

Diskussion zu den Referaten

In der Diskussion spielten vor allem zwei Fragen eine Rolle: Erstens, ob die Äußerungen des Referenten zum Innovationsgehalt des Weißbuches und der Einheitlichen Europäischen Akte nicht doch zu skeptisch ausgefallen seien, und zweitens, ob und inwieweit ein „Wettbewerb der Systeme“ angebracht sei. Von mehreren Diskussionsteilnehmern wurde betont, daß der Innovationsgehalt des Weißbuches und der EEA doch höher einzuschätzen sei als es im entsprechenden Referat zum Ausdruck komme. Begründet wurde dies damit, daß die ex post-Harmonisierung heute der Normalfall sei, und die ex ante-Harmonisierung den Ausnahmefall darstelle. Zudem sei das „Marketing“ im Zusammenhang mit dem Binnenmarktprojekt nicht zu unterschätzen. Dieses hätte Reaktionen der Unternehmen ausgelöst, deren Auswirkungen vielleicht sogar den mühsamen politischen Einigungsprozeß hinter sich lassen könnten. Was den „Wettbewerb der Systeme“ anginge, wurde darauf hingewiesen, daß keine Gemeinschaft sich nur auf Wettbewerb gründen könne. Dringend erforderlich seien konstitutionelle Prinzipien. Andernfalls könne „Wettbewerb der Systeme“ zu regio-

nalem und/oder sektoralem Dirigismus führen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage nach der Funktionsweise eines „Wettbewerbs der Systeme“ gestellt. Zudem wäre zu überlegen, ob nicht konkrete Beispiele identifiziert werden könnten, wo eine ex ante-Harmonisierung aus pragmatischen Überlegungen eher angebracht sei. Die von manchen Diskussionsteilnehmern geäußerte Hoffnung, daß letztlich eine stärkere Deregulierung durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes erzwungen werde, wurde doch zwiespältig diskutiert.

Referat von Prof. Dr. H.-D. Smeets (Bayreuth): „Vorteile des EG-Binnenmarktes“

Die Vollendung des EG-Binnenmarktes eröffne ein umfangreiches Potential an ökonomischen Vorteilen. Um diese in ihrer vollen Breite ausschöpfen zu können, bedürfe es insbesondere eines weitgehend ungehinderten Standortwettbewerbs und nicht einer umfassenden ex ante-Harmonisierung. Eine Vereinheitlichung der ökonomischen Verhältnisse solle nicht als politische Vorgabe am Anfang des Binnenmarktes stehen, sondern vielmehr das Ergebnis des so in Gang gesetzten weiteren Integrationsprozesses selbst sein.

Von dem Wegfall nichttarifärer Handelshemmnisse könne man insgesamt wohl erwarten, daß dadurch der innergemeinschaftliche Handel zunehme, weil die Güternachfrage wachse und nationale Produkte durch kostengünstigere EG-Waren substituiert werden könnten. Ob jedoch ein nennenswertes Potential an noch nicht ausgeschöpften Economies of Scale bestehe, hänge in erster Linie davon ab, ob die bisherigen Handelsbeschränkungen innerhalb der EG so gravierend gewesen seien, daß dadurch nationale Marktsegmentierungen ermöglicht worden wären. Denn nur wenn es infolge des Binnenmarktes zum Aufbrechen solcher nationalen „Verkrustungen“ käme, erscheinen auch erhebliche Preissenkungen wahrscheinlich.

Neben den statischen Vorteilen des Binnenmarktes wären weit größere Gewinne durch Effizienz- und Wachstumssteigerungen aufgrund dynamischer Wettbewerbseffekte zu erwarten.

Eine zunehmende Integration der nationalen Finanzmärkte ließe erwarten, daß sich die internationale Kapitalallokation verbessere und positive Wohlfahrtseffekte hervorbringe. Auchstellten sich durch freie Arbeitskräftewanderung Vorteile immer dann ein, wenn regionale Nachfrageüberschüsse nach dem Faktor Arbeit durch Angebotsüberschüsse in anderen Regionen ausgeglichen werden könnten. Aber auch darüber hinausgehende Wanderungen des Produktionsfaktors Arbeit könnten in der Regel nicht als eine Gefahr für den Lebensstandard der Arbeitnehmer in den Zielländern angesehen werden. Dabei wäre allerdings zu beachten, daß – falls die Wanderungen überhaupt zustande kommen – diese in der Regel erhebliche Transaktionskosten ökonomischer und sozialer Art beinhalteten. Daher erschien es insgesamt vorteilhafter, den Faktor Kapital zum Faktor Arbeit zu bringen und nicht den umgekehrten Weg zu wählen. Allerdings werde häufig übersehen, daß ein freier Kapitalmarkt genau in diese Richtung wirke.

Referat von Prof. Dr. H. Jürgensen (Hamburg): „Die EG im Gefüge weltwirtschaftlicher Verflechtung“

Das Binnenmarktprogramm „EG '92“ hat nicht nur eine Signalwirkung erzeugt, sondern markiert de facto einen weitreichenden, angebotstheoretisch fundierten Erneuerungs- und Reformprozeß, der über die unmittelbaren Wirkungen im Europa der Zwölf hinaus prinzipiell günstige Voraussetzungen schafft für die Lösung der noch bestehenden Konfliktfelder im Bereich der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Die Rolle, die ein prosperierender europäischer Wirtschaftsraum für die Weltwirt-

schaft spielen kann, hängt dabei vornehmlich davon ab, inwieweit die Handelspartner die positiven Wachstumsimpulse aufnehmen und im Rahmen einer weiteren Liberalisierung des Welthandelssystems in wohlfahrtssteigernde Effekte für alle umsetzen können.

Die Befürchtungen mancher „außenstehender“ Länder, insbesondere derjenigen der EFTA-Gruppe, daß das Binnenmarktprogramm zum Auslöser eines neuen „Euro-Protektionismus“ werden könnte, sind zwar nicht von der Hand zu weisen. Die möglichen Abschließungseffekte gegenüber Drittländern müssen jedoch abgewogen werden gegen die nicht unerhebliche zusätzliche Importnachfrage, die aus dem Einkommenswachstum innerhalb der EG resultiert. Grundsätzlich könne festgestellt werden, daß die Wohlstandssteigerung im Europa der Zwölf das Einführpotential für Drittländer erhöht. Im Zusammenhang mit den Handelsbeziehungen zwischen der EG und den USA habe die EG bereits einen erheblichen Teil ihrer Verpflichtungen zum Abbau des US-Außenhandelsdefizits eingelöst. Damit verbliebe die Aufgabe, noch bestehende Handelsbarrieren zu beseitigen und dabei eine Signalfunktion für die Handelspolitik auch gegenüber dem Wirtschaftsblock in Südostasien zu übernehmen. Japanische Unternehmen hätten auf mögliche Abschottungseffekte des Europäischen Binnenmarktes bereits mit umfangreichen Direktinvestitionen und Firmenaquisizioni reagiert. Wenn auch die ökonomischen Anpassungsprobleme in den osteuropäischen Ländern nicht negiert werden könnten, so würden doch bereits mittelfristig die Wirkungen höherer Effizienz und wachsender Produktivität auf Wohlstand und internationale Arbeitsteilung greifen. Eine stärkere Einbindung der früheren Ostblockstaaten in einen gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum werde dabei auch diesen Ländern neue Absatzpotentiale eröffnen.

Diskussion zu den Referaten

In der Diskussion (zu 4) wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß es methodisch nicht möglich sei, neoklassisch/komparativstatistisch zu argumentieren und dann Vorteile aus dynamischen Effekten „zusätzlich“ hinzuzufügen. Allgemein wurde die Skepsis geteilt, daß in größerem Umfang Economies of Scale zu verzeichnen sein dürften.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Diskussion bestand in der Frage, inwieweit nicht nur im Zusammenhang mit dem vermehrten Gütertausch innerhalb der EG, sondern auch aufgrund der Wachstumserfordernisse in den osteuropäischen Ländern, speziell in der DDR, über die Zunahme des Verkehrsaufkommens auch mit höheren Umweltkosten gerechnet werden müsse, wodurch die Wohlstandsgewinne letztlich vermindert werden könnten. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß eine Liberalisierung des Verkehrs einerseits und effizientere Verkehrsleistungen speziell mit Blick auf die DDR andererseits nicht nur die Preise, sondern relativ auch das Verkehrsaufkommen senken könnten. Daraus entstände, selbst bei weit höherem Wachstum, eine relativ geringere Umweltbelastung. Auch spielten Fragen der Handelsumlenkung aufgrund einer möglicherweise stärkeren Orientierung der EG hin zu den bisherigen RGW-Staaten eine Rolle.

Referat von Prof. Dr. O. Issing (Würzburg): „Europäische Währungsintegration – Ausgangslage, Strategien, Risiken –“

Die Quintessenz der Überlegungen des Referenten läßt sich wie folgt zusammenfassen: Aus ökonomischer Sicht verkörpert die Gemeinschaft im gegenwärtigen Zustand ein viel zu heterogenes Gebilde, als daß auf absehbare Zeit eine einheitliche Währung die beste Lösung darstellen würde. Der Nutzen einer Währungsunion gegenüber einer

Situation, in der die Wechselkurse weitgehend stabil und alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs entfallen, sei – bezogen auf den Status quo-Vergleich – nicht besonders hoch einzuschätzen. Der wichtigste Vorteil einer Währungsunion läge darin, daß sie einen Rückfall in Konvertibilitätsbeschränkungen und Wechselkursänderungen faktisch ausschließe. Darin läge aber gleichzeitig auch ein hohes Risiko: Das Instrument der Wechselkurspolitik stehe auch dann nicht mehr zur Verfügung, wenn Änderungen der Währungsrelationen die gesamtwirtschaftlich sinnvollste Antwort auf ungleichgewichtige Entwicklungen wären. Die Kosten der Währungsunion könnten sich dann als außerordentlich hoch erweisen. Würden aber die Kosten der Währungsvereinigung zu hoch, dann werde die monetäre Integration den politischen Einigungsprozeß erheblich stören und im Extremfall sogar den Bestand der Gemeinschaft gefährden. Der Hinweis auf einen möglichen Widerspruch zwischen der schnellen Einführung einer Währungsunion zwischen DDR und Bundesrepublik und dem zögerlichen Verhalten der Bundesrepublik gegenüber der Europäischen Währungsunion zöge nicht. Mit Blick auf die DDR handele es sich nicht um eine Abschaffung der DM wie im europäischen Rahmen, sondern um eine Ausweitung des DM-Währungsbereiches und der Kompetenzen der Bundesbank. Gerade angesichts der Währungsunion zwischen DDR und Bundesrepublik müsse mit Wechselkursänderungen, eventuell einer Aufwertung der DM, gerechnet werden. Insofern gäbe es auch aus dieser Sicht Gründe, die währungspolitischen Einigungsbestrebungen auf EG-Ebene etwas hintanzustellen.

Referat von PhD. D. Gros (Löwen/EG Brüssel): „Konkrete Schritte in Richtung Währungsunion“

Der Referent behandelte die folgenden drei Fragen: (1) Was bedeutet eine Währungsunion? (2) Gibt es rein ökonomische Gründe für eine Währungsunion? (3) Welche konkreten Schritte sind notwendig, um eine Währungsunion zu schaffen? Die erste Frage wurde dahingehend beantwortet, daß aufgrund verschiedener Transaktions- und Informationskosten ein System unwiderruflich fester Wechselkurse (gemeinsam mit vollständiger Kapitalmobilität) nicht zu einer vollständigen Währungsintegration führen würde. Aus diesen Gründen wäre eine gemeinsame Währung erforderlich. Die Analyse der zweiten Frage führte zu dem Ergebnis, daß unwiderruflich fixierte Wechselkurse sowohl Kosten als auch Vorteile erbrachten. Der Hauptnachteil bestände darin, daß der Wechselkurs als Anpassungsinstrument nicht mehr zur Verfügung stände. Der Hauptvorteil läge in einer zunehmenden Glaubwürdigkeit der Geldpolitik und in der Beseitigung rein finanzieller Schocks als einer Quelle von Wechselkursspannungen. Zugegebenermaßen sei es schwierig, die Kosten und Vorteile exakt zu messen. Die Einführung einer gemeinsamen Währung würde jedoch beträchtliche zusätzliche Vorteile bringen, aber keine weiteren Kosten.

Der Referent hält jenseits der geplanten Stufe I die Errichtung eines Europäischen Systems der Zentralbanken (ESCB) durch eine Änderung des EG-Vertrages für notwendig. Das ESCB sollte zunehmend in die Lage versetzt werden, die Geldpolitik so zu bestimmen, daß ein reibungsloser Übergang zu einer Europäischen Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung und einer Europäischen Zentralbank ermöglicht werde.

Diskussion zu den Referaten

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß eine Senkung der Transaktionskosten durch Fixierung der Wechselkurse eventuell durch höhere Inflationsraten kompensiert werden könnte. Auch könnten sogar höhere Transaktionskosten durch die innereuropäische Auseinandersetzung über die optimale Inflationsrate entstehen.

Einen größeren Raum nahm daraufhin die Diskussion zu der Frage ein, inwiefern Anreize für die europäischen Institutionen geschaffen werden könnten, sich stabilitätskonform zu verhalten.

Die Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses 1991 wird am 13. und 14. März in Marburg stattfinden. Das Arbeitsthema lautet: „Probleme der Integration von DDR und Bundesrepublik“.

Prof. Dr. E. Kantzenbach, Hamburg

Ausschuß für Industrieökonomik

Die Tagung des Ausschusses fand am 1. - 2. 3. 1990 in Stuttgart-Hohenheim statt. Es wurden vier Referate gehalten und diskutiert.

PD Dr. Friedel Bolle (Köln): „Wettbewerb mit Angebotsfunktionen“

Es gibt eine Reihe von Beispielen, in denen das Wettbewerbsinstrument eines Anbieters weder aus einem Preis noch aus einer Menge besteht sondern aus vielen Preis-/Mengenkombinationen. Dies gilt für die Preislisten von Heizölhändlern wie für viele langfristige Verträge mit nichtproportionalen Preisen (z.B. Take or Pay-Verträge) wie auch für „delegierte Angebotsfunktionen“, die vor allem in (vorgeschlagenen) Spotmärkten für Elektrizität eine Rolle spielen können.

Der oligopolistische Wettbewerb mit dem Instrument Preisliste (delegierte Angebotsfunktion) liefert unterschiedliche Ergebnisse, die je nach Marktorganisation zwischen Durchschnitts- oder Grenzkostenpreisen und Kartellpreisen schwanken. Im Vortrag ist deshalb versucht worden, einen gewissen Überblick über mögliche Marktstrukturen, Beispiele und Gleichgewichte zu geben. Dies ist um so nötiger als das Thema von der Literatur bisher weitgehend vernachlässigt worden ist.

Einschränkend muß gesagt werden, daß kein vollständiger Überblick über die vorhandenen Marktstrukturen gegeben wird und daß die Charakterisierung der Gleichgewichte sich meistens auf einfache Spezialfälle bezieht. Das Thema „Wettbewerb mit Angebotsfunktionen“ eröffnet ein noch weitgehend unbearbeitetes Gebiet, in dem sich noch viele interessante und sicherlich auch teilweise überraschende Ergebnisse erzielen lassen werden.

Prof. Dr. Klaus Conrad (Mannheim): „Anreizmechanismen im Umweltschutz – Eine Fallstudie zu einem Steinkohlekraftwerk“

Das Ziel des Referates war es, die Wirkungsweise einiger Instrumente der Umweltpolitik im Zeitablauf zu vergleichen, wobei Daten über Kosten, Emissionen und Entsorgungsinvestitionen eines Steinkohlekraftwerkes herangezogen wurden. Jeder der betrachteten dezentralen Anreizmechanismen hat die Eigenschaft, Produktion und Emissionen gegen dasjenige gesellschaftliche Optimum konvergieren zu lassen, welches eine vollständig informierte Umweltbehörde gewählt hätte. In die Wirkungsanalyse wurden ein sich ändernder Emissionssteuersatz einbezogen, eine Offenlegung der Emissionssteuerformel, eine Emissionssteuer mit Rückerstattung, und ein Meßlatten-Wettbewerbsschema (yardstick competition). Die vollständige Information über die Anreizmechanismen gibt der Firma die Möglichkeit, intertemporal zu optimieren. Ferner wurden zwei Anreizmechanismen vorgestellt, die den Manager öffentlicher Unternehmen zur gesellschaftlich optimalen Preisbildung als auch zur gesellschaft-

lich optimalen Investition in den Umweltschutz bewegen sollen. Bei den Simulationsstudien interessierte die Konvergenzgeschwindigkeit verschiedener Anreizmechanismen, die erforderlichen Zahlungen (Emissionssteuern, Subventionen, Bonus) sowie die Möglichkeit, sich selbst finanzierende Mechanismen einzuführen.

PD Dr. Klaus Schöler (Siegen): „Zollwirkungen in einem räumlichen Oligopol“

In dem Beitrag werden die Wirkungen von Importzöllen auf Preise, Mengen und Wohlfahrtseffekte im Rahmen eines Modells der räumlichen Preistheorie untersucht. Ausgangspunkt der Überlegungen ist ein Markt auf dem zwei Unternehmen ein gleichartiges Gut anbieten, wobei der eine Anbieter seinen Standort im Inland und der andere Anbieter seinen Standort im Ausland hat. Die wichtigsten Ergebnisse lassen sich in drei Punkten zusammenfassen: (1) Zunächst ist festzustellen, daß die Einführung eines Importzolls nicht zu höheren, sondern zu niedrigeren Preisen des inländischen Unternehmens führt. (2) Es kann ein System von optimalen Schutzzöllen und Finanzzöllen ermittelt werden, wobei die Höhe der Zollsätze von exogen gegebenen geographischen Größen abhängen. Die Zölle werden von der Ausdehnung des inländischen Gesamtmarktgebietes und von der Entfernung zwischen dem Standort des ausländischen Anbieters und der Staatsgrenze beeinflußt. (3) Errechnet man die Wohlfahrtseffekte, die bei Freihandel, Schutzzoll und Finanzzoll im Bereich des inländischen Gesamtmarktgebietes entstehen, so zeigt sich für grenznahe Standorte des ausländischen Anbieters, daß Freihandel zu höheren Wohlfahrtseffekten führt als Finanzzölle und Schutzzölle. Dieses Resultat kehrt sich für grenzferne Standorte des ausländischen Anbieters um: Schutzzölle erzeugen höhere Wohlfahrtseffekte als Finanzzölle und Freihandel. Das Postulat der traditionellen Zolltheorie, die von der Wohlfahrtssteigerung durch Importzölle ausgeht, hat im vorliegenden Modellrahmen nur eine eingeschränkte Gültigkeit. Die Ergebnisse in ihrer Gesamtheit zeigen, daß die Verbindung von Raumwirtschaftstheorie und Außenwirtschaftstheorie eine realitätsnähere und genauere Untersuchung der Zollwirkungen gestattet.

Dr. J. Wagner und Prof. Dr. J.-M. Graf v. d. Schulenburg (Hannover): „Unobservable industry characteristics and the innovation-concentration-advertising-maze: Evidence from an econometric study using panel data for manufacturing industries in the FRG, 1979 - 1986“

In dem Beitrag wird mit Hilfe von deutschen Industriebranchendaten versucht, den Zusammenhang zwischen Innovation, Werbeaufwand und Marktkonzentration zu klären. Dabei zeichnet sich die Analyse von Schulenburg und Wagner durch drei Besonderheiten aus: Erstens werden die drei genannten Variablen im Rahmen eines simultanen Schätzmodells in Beziehung gebracht, das erlaubt, den gegenseitigen Wechselwirkungen zwischen der innovativen Tätigkeit einer Branche, den Werbeanstrengungen und der Marktstruktur abzuschätzen. Zweitens verwenden die Autoren Panel-Daten, mit denen überprüft werden kann, ob bestimmte Branchen besondere Innovationschancen haben, und ob es in bestimmten konjunkturellen Lagen branchenübergreifende Innovationsschübe gibt. Drittens gehen die Autoren der Frage nach, ob Ausreißer bei den Beobachtungen zu einer signifikanten Verzerrung der Ergebnisse und damit möglicherweise zu einer Fehlinterpretation der Schätzkoeffizienten führen. Die Untersuchung, in der acht Schätzmodelle miteinander verglichen werden, macht deutlich,

- daß bei der Analyse des Zusammenhangs zwischen Innovation und Marktstruktur die simultane Abhängigkeit berücksichtigt werden muß;
- daß branchenunabhängige Konjunktureffekte und konjunkturunabhängige Brancheneffekte existieren, die, wenn man sie unberücksichtigt läßt, zu einer bedeutenden Verzerrung der Schätzkoeffizienten führen;

- daß Ausreißer existieren, aber keine besondere Rolle für die Vorzeichen der Schätzkoefizienten spielen;
- und daß manche geschätzten Zusammenhänge nicht den Erwartungen aufgrund der theoretischen Literatur entsprechen. So besteht beispielsweise ein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen Innovation und Werbung.

Prof. Dr. M. Neumann, Erlangen-Nürnberg

Wirtschaftshistorischer Ausschuß

Die Jahrestagung 1990 fand am 6./7. April 1990 in Münster/Westf. auf Einladung von Prof. Dr. *Richard Tilly* statt.

1. Referate und Diskussionen

Folgende Referate wurden gehalten und diskutiert:

Prof. Dr. *Klaus Hesse*, Kiel: Alte versus neue Ökonomik der Privathaushalte.

Klaus Hesse schlug einen weiten dogmenhistorischen Bogen von der Antike bis zum 19. Jahrhundert, um auf diese Weise Kontinuitäten und Brüche der wissenschaftlichen Herangehensweise an das Phänomen Privathaushalt sichtbar zu machen. Die in der Antike entwickelte Oikonomiké war demzufolge eine Lehre von der Führung eines Haushaltes. Sie wollte dem Oikonomikos das Wissen vermitteln, daß er zur Führung der Haushaltsmitglieder und für den Umgang mit Besitz benötigte. Der Referent zeigte, daß die Lehren von der antiken Ökonomik bis zur Ökonomik der Hausväter des 16. bis 18. Jahrhunderts eine vergleichbare ethisch-sittliche Grundkonzeption aufwiesen. Der nachfolgende Wandel in der Zielsetzung führte im 19. Jahrhundert zu einer Neuorientierung wirtschaftswissenschaftlichen Denkens mit einer Reduktion der Behandlung und Bedeutung der Ökonomik der Privathaushalte. In jüngster Zeit zeigen sich zwei neuere Strömungen. Die New Home Economics als „positive“ Erfahrungswissenschaft versucht eigenem Anspruch nach eine Theorie allgemein menschlichen Verhaltens zu sein. Der fundamentale Unterschied zur alten Ökonomik wie zur parallel sich hierzu entwickelnden Haushaltsökonomik zeigt sich in dem Tatbestand, daß Präferenzen nicht Gegenstand der Analyse und Beurteilung sind. Die Haushaltsökonomik des alten Typs versuchte demgegenüber, eine „humanistische“ Ökonomik der Lehre des Privathaushalts zu formulieren, in der haushälterisches Handeln Bestimmung und Rechtfertigung des Bedarfs erfahren sollte.

Prof. Dr. *Irmtraud Richarz*, Münster: Die Ökonomik als für „das menschliche Leben unentbehrliche Wissenschaft“? – Aspekte zur Geschichte der Haushaltsökonomik.

Irmtraud Richarz ging in ihrem Beitrag von einem Zitat vom Anfang des 18. Jahrhunderts aus: Die Ökonomik – eine für das „menschliche Leben unentbehrliche Wissenschaft?“. Ähnlich wie im Referat Hesse wurde auf die Unterschiede in der wissenschaftlichen Herangehensweise verwiesen. Bei der „für das menschliche Leben unentbehrlichen Wissenschaft“ änderten sich im Kontext historischer Bedingungen und Perioden sowohl Schwerpunkte als auch Betrachtungs- und Zugriffsweisen. Wurde vor allem in frühen Werken der alteuropäischen Ökonomik versucht, den gesamten Komplex der Wirtschaft, vom Haushalt über Gewerbe und Handel bis zum Gemeinwesen zu erfassen und im Rahmen der Weltsicht der Zeit als zu ordnender und zu gestaltender Bereich zu verstehen, so konzentrierte sich seit dem 19. Jahrhundert das

Interesse in der Ökonomik auf die Volkswirtschaft und Analyse des Marktgeschehens. Die oikozentrische und letztlich statische Sicht der alteuropäischen Ökonomik, die die Welt als hierarchisch in Häuser geordnet verstand, wich damit einer Betrachtung, die einem dynamischen, marktorientierten Denken den Weg bahnte, jedoch den für das menschliche Leben nach wie vor wichtigsten Lebensbereich (Haushalt) mit seinen Problemen weithin vernachlässigte.

Mit der Institutionalisierung der Haushaltswirtschaft oder Haushaltsökonomik wurde in jüngerer Zeit nicht nur ein wissenschaftliches Defizit beseitigt, zugleich stellte die vom Haushalt ausgehende Sichtweise eine wichtige Ergänzung zur marktwirtschaftlichen Betrachtung einer auf die Gesamtheit des Lebens ausgerichteten Ökonomik dar.

Dr. Ulrich Pfister, Zürich: Ökonomik der Privathaushalte – historische Erfahrungen aus Zürich im 18. Jahrhundert.

Ulrich Pfister mühte sich, auf der Basis empirischen Materials aus Zürich im 18. Jahrhundert, um eine neue theoretische Deutung der protoindustriellen Hauswirtschaft, namentlich der ihr zugrunde liegenden „economy of choice“. Das Vorhandensein einer volkswirtschaftlich relevanten Ressource „hauswirtschaftliche Disposition“ bedeutet demnach auch die Existenz von Hauswirtschaft im grundlegenden Sinn von Allokationsentscheiden. Die zentrale Dimension, hinsichtlich derer in protoindustriellen Hauswirtschaften Allokationsentscheide getroffen wurden, betrifft die Verteilung der familialen Arbeitskraft über landwirtschaftliche bzw. gewerbliche Aktivitäten. Der Referent versuchte, auf der Grundlage eines theoriegestützten Entscheidungsmodells die optimale Allokation über diese beiden Sektoren zu analysieren. Optimale Allokation über diese beiden Sektoren, so der Referent, sei dort gegeben, wo sich die Grenzprodukte von landwirtschaftlicher und protoindustrieller Arbeit entsprechen würden. Die konsequente Anwendung theoretischer Prämissen und theoriegeleiteter Fragestellungen wurde als anregender Versuch aufgenommen, einen Beitrag zur wünschenswerten Verknüpfung wirtschaftsgeschichtlicher Forschung mit wirtschaftswissenschaftlicher Theorie vorzunehmen.

Dr. Heidrun Homburg, Bielefeld: Warenangebote und Kundenwerbung in den Leipziger und Berliner Zeitungen 1750 bis 1850. Übergänge vom Luxus- zum Massenkonsum und Aspekte der Kommerzialisierung des Alltagslebens.

Im Beitrag von Heidrun Homburg wurde anders als im Referat von Ulrich Pfister stärker auf sozialwissenschaftliche Problemstellungen und Methoden zur Analyse der „Kommerzialisierung des Alltagslebens“ im 18. und frühen 19. Jahrhundert zurückgegriffen. Herausgearbeitet und plausibel interpretiert wurden die neu entstehenden Mechanismen vorindustrieller Werbung zur Beeinflussung von Haushaltsentscheidungen. Frau Homburg stützte sich dabei auf eine sorgfältige Auswertung Leipziger Messezeitungen, die bereits in vorindustrieller Zeit in überraschender Modernität Werbestrategien sichtbar werden lassen. Bei aller inhaltlichen Zeitbedingtheit von „Luxus“ und Massenkonsum wurde von der Referentin verdeutlicht, daß bereits im 18. Jahrhundert eine relativ breite kaufkräftige Klientel zur Zielgruppe derartiger Werbestrategien wurde.

Prof. Dr. Toni Pierenkemper, Saarbrücken: Verbrauchsverhalten bürgerlicher Haushalte im 19. Jahrhundert.

Toni Pierenkemper unternahm den Versuch, in einer annähernd ein halbes Jahrhundert umfassenden Längsschnittuntersuchung die Einnahme- und Ausgabestruktur privater Haushalte, unterteilt nach soziologischen Schichtungsmerkmalen, zu

analysieren. Dabei wurden großbürgerliche Haushalte (höhere Beamte, Kaufleute etc.) dem Kleinbürgertum (mittlere Beamte, Kaufleute, Lehrer etc.) gegenübergestellt und schließlich mit dem Ausgabeverhalten adeliger Haushalte konfrontiert. Die dahinterstehende Frage zielte auf typische schichtenspezifische Verhaltensunterschiede, u.a. auch auf die Frage nach Ausgabeelastizitäten, Präferenzveränderungen im Zeitablauf etc. Die präsentierten Befunde wiesen erwartungsgemäß große Variationen im Anteil der Nahrungsausgaben auf (höhere Beamte 30%, Kleinbürger 38,3%), demgegenüber blieb der relative Anteil der Wohnungsausgaben quer durch die sozialen Schichten mit 20 bis 25% erstaunlich stabil.

Prof. Dr. *Diedrich Saalfeld*, Göttingen: Bedeutungs- und Strukturwandel der Ausgaben für die Ernährung der Familien in den privaten Haushalten Deutschlands 1850 bis 1938.

Diedrich Saalfeld konzentrierte sich auf den Strukturwandel der Ernährungsausgaben in privaten Haushalten im 19. Jahrhundert, jener Übergangsperiode von der Agrar- zur Industriegesellschaft, in der der enge hauswirtschaftliche Kreislauf zwischen subsistenzwirtschaftlicher Produktion und Reproduktion zunehmend durch den marktorientierten Ausgleich zwischen Warenangebot und Massenbedarf abgelöst wurde. Die Dominanz der Haushaltseinkommen verlor im Zusammenhang mit der Verdoppelung der Realeinkommen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erheblich an Bedeutung. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Ernährung nahmen, unbeschadet vielfältiger schichtenspezifischer Differenzierungen, infolge der Substitution von kohlehydratreichen Lebensmitteln durch hochwertige Konsumgüter sowohl absolut als auch real zu; ihr Anteil an dem den Familien zur Verfügung stehenden Budget ging jedoch in Deutschland von knapp 70% auf 50% zurück. Durch Querschnittsanalysen des Pro-Kopf-Konsums als Indikator für den Nahrungsstandard wurde dargelegt, daß sich vom Beginn bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Konsumgewohnheiten qualitativ nur wenig veränderten, vielmehr erst in der zweiten Jahrhunderthälfte ein tiefgreifender Wandel eintrat. Als Desiderat wurde die Frage der regionalen und sozialen Differenzierung von Nahrungsgewohnheiten angesprochen.

Das vorgesehene Referat von Prof. Dr. *Josef Wysocki*, Salzburg, Privates Sparverhalten im Spiegel der Einlagen deutscher Sparkassen, mußte wegen Erkrankung von Herrn Wysocki ausfallen.

Zielsetzung der Tagung insgesamt wie auch der einzelnen Referate war es, fallstudienartig den in der Wirtschaftsgeschichte in seinem Gewicht lange Zeit unterschätzten Bereich der Privatökonomik, seine strukturellen Veränderungen im Prozeß der Industrialisierung sowie seine dogmenhistorische Einordnung zu analysieren. Der dogmenhistorische Aspekt wurde vor allem in den Referaten von Prof. Dr. Klaus Hesse (Kiel) sowie Prof. Dr. Irmintraud Richarz (Münster) thematisiert.

2. Planung der weiteren Ausschußarbeit

Die Ausschußsitzung 1991 wurde für den 5./6. April mit dem Thema „ökonomische Folgen europäischer Integrationsprozesse im 19. und 20. Jahrhundert“ festgelegt. Die Wahl des Themas erfolgte nicht zuletzt mit Blick auf die aktuelle Beschleunigung der westeuropäischen Wirtschaftsintegration. Über die Festlegung des Rahmenthemas hinaus wurde für künftige Sitzungen, wie bereits in früheren Jahren praktiziert, die von einem Rahmenthema unabhängige Präsentation von Forschungsergebnissen namentlich durch jüngere Gäste und Mitglieder vorgesehen. Auf diese Weise soll der

Wirtschaftshistorische Ausschuß verstärkt auch ein Forum für den wissenschaftlichen Nachwuchs werden. Geprüft werden auch Möglichkeiten verstärkter Kooperation mit DDR-Wissenschaftlern.

Als vorläufiges Rahmenthema für 1992 wurde „Geschichte der städtischen Infrastruktur“ vorgesehen.

3. Publikationen

1989 erschien der Band „Probleme der Finanzgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“, worin ein Teil der Beiträge der Jahrestagungen 1987 und 1988 zusammengestellt wurde. Im Druck befinden sich schließlich Bände zur „Geschichte der Ressourcenknappheit“ sowie zur „Geschichte der Unternehmensfinanzierung“ (Jahrestagung 1989). Die Beiträge der Sondertagung vom September 1989 „Ordnungspolitische Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg“ werden derzeit zur Veröffentlichung vorbereitet.

4. Wahl des Ausschußvorsitzenden

Zum neuen Vorsitzenden des Wirtschaftshistorischen Ausschusses für die Amtszeit 1. Oktober 1990 bis 30. September 1992 wurde Prof. Dr. Dr. Josef Wysocki, Universität Salzburg, gewählt.

Prof. Dr. D. Petzina, Bochum

Sozialwissenschaftlicher Ausschuß

Die Jahrestagung des Ausschusses fand in Koblenz am 26. - 28. April 1990 statt.

Der Fluch des Wissens oder hindsight bias bezeichnet das Phänomen, daß man die eigenen a priori-Wahrscheinlichkeiten wissensverzerrt einschätzt, wenn man die Realisation der Zufallsvariablen erfahren hat. In seinem Vortrag „Der Fluch des Wissens“ berichtet Martin Weber über experimentelle Ergebnisse, die dieses Phänomen belegen, und begründet seine ökonomische Relevanz. In der experimentellen Situation konnte durch eine entsprechende Ausgestaltung der Informationsbedingungen der hindsight bias marktmäßig ausgebeutet werden. Obwohl der Marktmechanismus den hindsight bias abschwächt, wurde die grundlegende Hypothese bestätigt.

In seinem Referat „Verzerrung der Autonomie als Quelle zwanghaften Verhaltens“ diskutiert Prof. Dr. Gerhard Scherhorn (Stuttgart) das Problem übersteigerter Kaufsucht, das er mittels Selbstschilderungen Betroffener sehr anschaulich und beeindruckend verdeutlicht. Als Ursache wird eine grundlegende Selbstwertschwäche der Betroffenen vermutet, die diese zumindestens zeitweise durch Kaufakte zu kompensieren suchen. Es werden verschiedene Möglichkeiten der Therapie diskutiert, wobei Techniken der Selbstkontrolle skeptisch beurteilt werden, da der Betroffene dadurch unter Umständen in noch größere Bedrängnis gerät.

Über einen systematischen Versuch, individuelle Wohlbefindensgrade zu erheben, berichtet Prof. Dr. Hermann Brandstätter (Linz) in seinem Vortrag „Person – Umwelt – Korrespondenz als Bedingung des Wohlbefindens“. Konkret sollte erhoben werden, wie die persönlichen Wünsche mit den konkreten Umweltbedingungen, d.h. mit den Bedingungen für die Realisierbarkeit dieser Wünsche übereinstimmen. Brandstätter berichtet über die von ihm entwickelte Methode der Befindenstagebücher, in denen die Probanden ihre individuelle Einschätzung ihrer aktuellen Situation zu zufällig

bestimmten Zeitpunkten im Verlauf eines längeren Zeitraums dokumentieren. Die relativ hohe Korrelation von Übereinstimmung des Bedarfsprofils der Person mit dem Angebotsprofil ihrer Umgebung einerseits sowie der subjektiven Einschätzung des Wohlbefindens andererseits bestärkt die Hypothese, daß Wohlbefinden nur dann entsteht, wenn die persönlichen Wünsche der Aktivitätsentfaltung mit den Bedingungen der Situation relativ gut übereinstimmen.

Prof. *Ehud Kalai* (Evanston/USA) verdeutlicht in seinem Referat „Learning by rational players“, daß eine relativ natürlich anmutende Kompatibilitätsbedingung bezüglich der beliefs zweier Spieler über das Verhalten ihres Gegenspielers in wiederholten Spielen essentiell schon Gleichgewichtsverhalten impliziert. So folgt aus dieser Forderung für wiederholte Spiele mit unvollständiger Information und einer positiven Zeitdiskontrate, daß die Spieler nach endlich vielen Zügen sich so verhalten, als würden sie den wahren Typ ihres Gegenspielers kennen. Die Kompatibilitätsbedingung erfordert lediglich, daß die Trägermenge der beliefs jedes Spielers auch die Strategie seines Gegenspielers enthält, die, gegeben die beliefs des Gegenspielers, dessen beste Antwort ist. Es ist eine zunächst überraschende und wichtige Erkenntnis, daß diese Anforderung essentiell Gleichgewichtsverhalten in wiederholten Spielen impliziert (abgesehen von endlich vielen anfänglichen Zügen ist die Partie eine Gleichgewichtspartie).

In dem zweiten spieltheoretischen Referat über „Global games and equilibrium selection“ berichtet Prof. Dr. *Eric van Damme* (Tilburg/NL) über gemeinsame Arbeiten mit Prof. Dr. *Hans Carlsson* (Lund/Schweden) über Gleichgewichtsauswahl mittels Risikodominanz. Die grundlegende Idee besteht darin, daß die Spieler nicht nur das konkret vorliegende Spiel lösen, sondern ein global game, das alle die Situationen umfaßt, die durch individuelle Beobachtungs- und Wahrnehmungsfehler in einer derartigen Spielsituation resultieren können. Konkret wird für 2-Personen-Bimatrixspiele davon ausgegangen, daß aufgrund individueller Informationsdefizite bezüglich der Auszahlungsparameter unvollständige Information vorliegt. Der informationsmäßige Abschluß definiert dann das global game. Für 2×2 -Bimatrixspiele mit zwei strikten Gleichgewichten existiert für das global game genau eine Grenzlösung (alle Beobachtungsfehler konvergieren gegen Null), die für das zugrundeliegende Bimatrixspiel genau den Gleichgewichtspunkt aussucht, der auch gemäß der axiomatischen Definition der Risikodominanz durch Harsanyi und Selten ausgewählt wird.

Im abschließenden Vortrag von Prof. Dr. *Bengt-Arne Wickström* über „Schrumpfende Bevölkerung, Präferenzwandel und technologischer Fortschritt“ wird von der häufig geäußerten Überzeugung ausgegangen, daß mit zunehmendem Lebensalter die Präferenzen mehr limitationalen Charakter aufweisen. Geht man von einem Bedürfnis nach stets größeren Konsummengen im Zeitablauf aus, so läßt sich zeigen, daß bei einem zunehmenden Anteil älterer Mitbürger hieraus negative Konsequenzen für Produktinnovationen resultieren können. Einige Teilnehmer bemängelten das Fehlen intertemporaler Präferenzen bzw. den nicht konsequenten Versuch, einen behavioristischen Ansatz zu entwickeln.

Mit sechs Vorträgen war die Arbeitstagung recht anstrengend, aber auch überaus anregend. Der Sozialwissenschaftliche Ausschuß hat sich wieder einmal als bedeutsames Forum für den interdisziplinären Gedankenaustausch erwiesen, das uns allen hilft, die neueren theoretischen Entwicklungen in den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen im Auge zu behalten.

Prof. Dr. W. Güth, Frankfurt/M.